

Resolution zur Bundestagswahl 2021 Kernforderungen an die zukünftige Bundesregierung

Die dramatischen Auswirkungen der Klimakrise werden auch in Bayern sicht- und spürbarer. Neben der Klimakrise und dem massiven Artenschwund führt unser Wirtschaftssystem neben der ökologischen Zerstörung global und in Deutschland zu immer massiveren sozialen Verwerfungen. Zur Lösung der multiplen globalen Krisen benötigt es neben internationaler Solidarität eine sozial-ökologische Transformation. Ökologische und soziale Fragen müssen gemeinsam beantwortet und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die internationalen Vereinbarungen zum Klimaschutz, die Konvention zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, die Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Generalversammlung in New York und das Klimaschutzabkommen von Paris haben die Nachhaltigkeit zur zentralen Leitlinie gemacht. Diese international vereinbarten Ziele muss die zukünftige Bundesregierung umsetzen und Voraussetzungen schaffen, um Nachhaltigkeit integral in der Politik zu verankern und somit die planetaren Grenzen einzuhalten. Da die bisherigen Bundesregierungen nötige Änderungen blockiert und nur kleinste Schritte in Richtung Transformation eingeleitet haben, haben sich die Krisen verschärft und ist nun rasches Handeln nötig. Zur Erreichung dieser internationalen Ziele werden konkrete politische Rahmenbedingungen und eine starke Zivilgesellschaft benötigt. Bringen wir uns in die wichtigen gesellschaftlichen Debatten der Zeit ein und bilden wir mit den Kreis- und Ortsgruppen ein demokratisches Rückgrat der aktiven Bürgergesellschaft.

Die Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz fordert:

Die Klimapolitik der zukünftigen Bundesregierung muss dem Pariser Klimaschutzabkommen gerecht werden. Dafür gilt es, folgende Dinge umzusetzen: Erreichen von Nullemissionen bei Treibhausgasen zwischen 2030 und 2040, naturverträglicher, dezentraler Ausbau auf 100 % Erneuerbare Energien in allen Sektoren (Mobilität, Wärme, Strom) bis spätestens 2040, sowie die Umsetzung der EU Erneuerbare-Energie-Richtlinie bezüglich der Bürger*innenenergie, damit Bürger*innen regional erzeugte Erneuerbare Energie einfacher nutzen können. Die staatlich geförderte gnadenlose Energieverschwendung muss endlich beendet, die Energieverbräuche halbiert und der Bau von HGÜ-Trassen verhindert werden. Der Netzentwicklungsplan muss sich an regionalen Versorgungskonzepten orientieren und nicht am europäischen Stromhandel mit fossil-atomaren Strom, damit werden viele HGÜ- und HDÜ-Leitungen zukünftig überflüssig. Es muss ein vollständiger Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland, Europa und der Welt erfolgen. Dafür müssen unter anderem die AKWs und die noch unbefristet genehmigten Anlagen der Urananreicherung in Gronau, der Brennelementefabrik in Lingen und der Forschungsreaktoren ohne schuldhaftes Zögern abgeschaltet werden und der Atomausstieg im Grundgesetz verankert werden. Die Atommüllagersuche muss wissenschaftsbasiert, transparent und mit größtmöglicher Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden. Auch die Lagerung der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle gehört auf den Prüfstand. Das Atommüll-Zwischenlager-Konzept muss überprüft werden.

Die Verkehrspolitik der letzten Wahlperioden ist durch Politikversagen gekennzeichnet. Bisher leistet der Verkehrssektor keinen nennenswerten Beitrag zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen. Notwendig ist daher ein politischer Paradigmenwechsel weg von der Stimulierung von Verkehrswachstum, das Klima, Umwelt und Städte zerstört, hin zu nachhaltiger Mobilität. Eine Verkehrswende muss die beiden Ziele Verkehrsvermeidung- und Verlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsträger verfolgen. Der Bundesverkehrswegeplan muss grundlegend überarbeitet und die darin gebundenen Gelder für die Verkehrswende freigegeben werden. Wir fordern ein Moratorium für den Neu- und Ausbau von Staats-, Bundesstraßen und Autobahnen, eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts, außerdem die Erhaltung, Reaktivierung und Modernisierung von Bahnlinien. Es benötigt einen gut ausgebauten, bezahlbaren und von 5:00 – 24:00 Uhr verfügbaren ÖPNV. Wir fordern eine faire Verteilung des öffentlichen Raums mit Vorrang für Fuß, Rad- und öffentlichen Verkehr. Der Verkehrsanteil der Schiene muss bis 2030 verdoppelt und Kurzstreckenflüge müssen komplett auf die Schiene verlagert werden. Wir fordern einen Stopp aller staatlichen Subventionen für den Flugverkehr und dauerhaft defizitäre Regionalflughäfen, die fast ausschließlich Urlaubsbilligflüge mit Hilfe von Lohn- und Gebührendumping anbieten.

Der globale Zustand der Natur verschlechtert sich rasant. Die Krise der Natur wirkt ebenso verhängnisvoll wie die Klimakrise. Doch naturnahe Ökosysteme und Lebensräume, Artenvielfalt und genetische Vielfalt bilden die Grundlage unserer Existenz. Die Umsetzung des neuen globalen Rahmenwerkes der UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) zum weltweiten Schutz der Biodiversität nach 2020 und die EU-Biodiversitätsstrategie soll ambitioniert, zeitnah, effektiv und effizient erfolgen. Umweltschädliche und naturschädigende Subventionen und Anreize in der Landwirtschaft, in der Fischerei, im Verkehr, in der Industrie, im Energiesektor, im Handel, im Finanzsektor und vielen anderen Bereichen müssen abgeschafft werden. Es benötigt eine Bepreisung der Umweltbelastung von Produktion und Transport, denn Preise müssen die ökologische und soziale Wahrheit sagen, den sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen voranbringen und die Kreislaufwirtschaft umsetzen. Die Finanz- und Handelssysteme sind sozial-ökologisch und im Sinne einer Suffizienzpolitik umzubauen. In der Übergangszeit der Veränderungen sind Gelder für soziale Gerechtigkeit nötig. Die Aktivität deutscher Unternehmen soll nicht weiter zur Zerstörung von Lebensräumen und Artensterben beitragen. Ein wirksames und umfassendes Lieferkettengesetz soll zeitnah gestaltet und effektiv umgesetzt werden. Es soll als gesetzlicher Rahmen starke Durchsetzungsmechanismen wie eine zivilrechtliche Haftung enthalten und alle großen Unternehmen in Branchen, in denen Natur, Umwelt und Menschenrechte gefährdet sind, umfassen. Um finanzschwache Länder beim Erhalt und der Wiederherstellung von Lebensräumen, Arten und genetischer Vielfalt innerhalb der Arten noch besser zu unterstützen, sollen ergänzend zu anderen Maßnahmen die Gelder für den Schutz der weltweiten Biodiversität von derzeit 500 Millionen Euro jährlich verdreifacht werden. Es benötigt eine konsequente Anwendung der bestehenden nationalen Naturschutzgesetze. Insbesondere die Sicherung und Stärkung des bestehenden Schutzgebietsnetzes durch eine stärkere Förderung von Biotopverbänden, der Entwicklung von Wildnis und dem Schutz und der Renaturierung von Wäldern, Gewässern und Auen, Mooren und Feuchtgebieten sowie Böden. Das Flächensparziel von 30 Hektar pro Tag bis 2030 muss dringend eingehalten werden.

Der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln muss verringert werden. Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene für einen Stopp von Notfallzulassungen für Neonikotinoide und die Sicherung eines Glyphosatverbot auf EU-Ebene zum 15.12.2022 einsetzen. Die Stickstoffbilanzüberschüsse müssen schrittweise von heute 80 auf 30 kg/ha reduziert werden. Die Bundesregierung muss für einen Ausbau des Biotopverbundsystems auf Agrarflächen und finanzielle Absicherung und Ausbau des ökologischen Landbaus in der nächsten Förderperiode sorgen. Es benötigt eine artgerechte und bodengebundene Tierhaltung und die Anzahl der Tiere muss an die Fläche des landwirtschaftlichen Betriebes angepasst und der Antibiotikaeinsatz verringert werden. Die Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft muss gesichert werden. Die zukünftige Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das geltende EU-Zulassungsverfahren weiterhin auch für Anwendungen der sogenannten Neuen Gentechnik mit Verfahren wie CRISP/Cas gilt und nicht aufgeweicht wird. Die zukünftige Bundesregierung muss die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft umsetzen. Es bedarf einer Umsetzung einer Moorschutzstrategie, die den Ackerbau auf Moorstandorten schrittweise bis 2045 beendet.

Wir benötigen eine Transformationspolitik statt neoliberaler Handelspolitik, denn wir wirtschaften momentan auf Kosten anderer – auf Kosten der Natur, zukünftiger Generationen und der Menschen, die in globalen Lieferketten für uns Produkte unter menschenunwürdigen Bedingungen herstellen. Die Außenwirtschaftsförderung muss sozial-ökologisch ausgerichtet werden und Investor-Staat-Schiedsgerichte in Handels- und Investitionsabkommen müssen abgeschafft werden. Die neue Bundesregierung muss die Europäische Union auffordern, aber auch selbst handeln, alle derzeit in Verhandlung oder Ratifizierung befindlichen Abkommen auf den Prüfstand zu setzen und die Handelspolitik nach internationalen Klima- und Umweltvereinbarungen auszurichten.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist so wichtig wie nie, denn bürgerschaftliches Engagement ist die Basis für eine moderne und aufgeklärte Gesellschaft. Lokale Verankerung und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse sind von zentraler Bedeutung für eine aktive Bürgergesellschaft. Deshalb ist es dringend erforderlich, ein Gesetz zur Stärkung der Zivilgesellschaft und partizipativer Entwicklungen zu erlassen. Es muss Transparenz in politischen Prozessen und der Ergebniskommunikation geschaffen werden.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 03. Juli 2021 in Hirschaid/hybrid